

# europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 3 · Juli 2010



## EU 2020 – Top oder Flop

Mit »Wirtschaftsregierung« und »Europa 2020« aus der Krise?

### VON LOTHAR BISKY

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union verkündeten auf ihrem Gipfeltreffen vom 17. Juni 2010 in Brüssel eine klare Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Europas: »Sparen, bis es quietscht«. Alle Mitgliedstaaten sollen zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die bereits eingeleitete Politik der »Haushaltskonsolidierung« zu forcieren und zu beschleunigen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt für den Euro wird mit frühzeitigeren Sanktionen und neuen Eingriffsrechten der Europäischen Kommission zur Überwachung der nationalstaatlichen Haushaltspolitik verschärft.

Eines ist wahr: Im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit Ende 2007 ist die Staatsverschuldung

überall in der EU deutlich angestiegen. »Wir leben über unsere Verhältnisse«, ertönt es aus den Medien. Hatten aber nicht zuvor Unternehmen und Haushalte »über ihre Verhältnisse« gelebt?

Sie verschuldeten sich in vielen EU-Ländern im festen Glauben daran, dass fiktive Vermögenssteigerungen durch explodierende Immobilienwerte, Aktienpreise und sich letztlich als »Giftpapiere« herausstellende Finanztitel ihnen erlauben würden, mehr zu konsumieren und mehr Produkte und Dienstleistungen abzusetzen. Als diese Spekulationsblasen eine nach der anderen platzten, fielen die Vermögenswerte in den Keller. Die Party auf den Finanzmärkten war vorbei, die Realwirtschaft schwer beschädigt und

die Staaten mussten 2009 mit milliardenschweren Rettungsschirmen für Banken und Unternehmen einen noch tieferen Absturz verhindern. Genau das ist aber die Ursache für die jetzt beklagte Explosion der Staatsschulden.

Ich stimme der Kritik an den Finanzmarktakteuren von Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, völlig zu: »Die wären alle weg, wenn wir sie nicht gerettet hätten.« Die rein kurzfristig erzielten Gewinne ohne Bezug zur Realwirtschaft waren ein unhaltbarer Zustand: »Das ist mit unseren bestehenden demokratischen Grundwerten nicht vereinbar«, so Trichet.

Der von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) be-

schlossene 750 Mrd. schwere Rettungsschirm für den Euro folgt der gleichen Logik: Es ist ein weiteres »Hilfspaket für die Banken« (FAZ vom 14.6.2010). Die EU-Staaten betätigen sich nun selbst als Zocker auf den internationalen Finanzmärkten, um mit Staatsgarantien die Spekulation auf weiter drohende Staatsbankrotte wie im Fall Griechenland einzudämmen. Die EU will den Banken und Finanzinvestoren versichern, dass ihre Kredite an strauchelnde Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal, Irland usw. von diesen unter harten Auflagen zurückgezahlt werden.

Weitere Spekulationswellen gegen EU-Staaten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht auszuschließen. Durchgreifende Maßnah-



photocase.de / Tim Topplik

## ➤ Nicht Kaputtsparen, sondern eine Einstiegsstrategie für neue, nachhaltige Arbeitsplätze ist gefordert.

men zur Regulierung der Finanzmärkte sind zwei Jahre nach Ausbruch der Krisen aber weder auf globaler noch auf europäischer Ebene ergriffen worden. Der EU-Gipfel am 17. Juni 2010 erging sich abermals in Ankündigungspolitik und Prüfaufträgen: Eine Bankenabgabe und eine weltweite Finanzmarkttransaktionssteuer werden erwogen. Konkreteres sollen wir vom EU-Gipfel im Oktober 2010 erfahren.

DIE LINKE im Europäischen Parlament fordert, im europäischen Alleingang damit endlich Ernst zu machen. Wir wollen die Macht der Finanzmärkte brechen und ein europäisches Finanzsystem schaffen, das Kredite und Investitionen für den sozialen und ökologischen Umbau der »Realwirtschaft« bereitstellt. Finanzspekulation aller Art muss rigoros eingedämmt werden: Verbot von Hedgefonds, Private Equity, Leerverkäufen, von Handel mit Kreditausfallversicherungen (CDW) und Derivaten, vor allem auf Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel.

DIE LINKE im Europäischen Parlament will zweitens mehr Wirtschaftsdemokratie durchsetzen. Wir fordern europaweit die Vergesellschaftung der Banken, damit Lohnabhängige und VerbraucherInnen

demokratisch Einfluss auf die Kreditvergabe nehmen und Investitionen demokratisch kontrolliert in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche gelenkt werden können. Wo immer der Staat kriselnden Unternehmen mit Garantien, Bürgschaften und Krediten hilft, muss dies von entsprechenden demokratisch kontrollierten Stimmrechten von öffentlicher Hand und Belegschaften münden. Öffentliche Hilfen kann es nicht zum Nulltarif geben – sie müssen dem Erhalt und der Schaffung ökologisch und sozial nachhaltiger Arbeitsplätze und dem Allgemeinwohl dienen.

Politik und Medien verbreiten die Botschaft, dass Staaten nun mal nicht mehr ausgeben können, als sie einnehmen. Deshalb müssten die Ausgaben nun rigoros gekürzt werden. Auch viele ArbeitnehmerInnen finden dies einleuchtend: Wer als privater Haushalt vorwiegend auf Erwerbseinkommen angewiesen ist, muss nun mal mit dem gegebenen Einkommen haushalten.

Aber der Vergleich hinkt: Staaten haben ganz andere Möglichkeiten und Instrumente als private Haushalte. Ein Privathaushalt hat keine Zentralbank, die Geld und damit Kredite schöpfen kann. Er kann keine Steuern und Abgaben erheben wie ein

Staat. Er kann keine groß angelegten Investitionsprogramme auflagen, die Nachfrage und Arbeitsplätze schaffen und mit neuen Steuereinnahmen im Zeitverlauf Geld einspielen, um die aufgenommenen Schulden zu tilgen. Wer nachdenkt, wird diese grundlegenden Unterschiede zwischen Volkswirtschaft und Privathaushalt wohl erkennen.

Die von der EU angestrebte »Sparpolitik« – Abbau der Haushaltsdefizite von über 10 Prozent des BIP innerhalb von zwei bis drei Jahren bei anhaltender wirtschaftlicher Stagnation – führt zu einem erneuten Rückfall in die Rezession. Am Beispiel Griechenland – ihm wurde von EU und IWF das bisher härteste Sparprogramm diktiert – kann dies schon jetzt nachvollzogen werden.

Der private Konsum macht dort 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Er ist durch die bisherigen Einschnitte drastisch eingebrochen. Zu den dadurch verminderten Steuereinnahmen kommen Mehrausgaben wegen höherer Arbeitslosigkeit hinzu, die auf 17 bis 18 Prozent steigen könnte. Für 2010 wird mit einem Minus-Wachstum von 3 Prozent gerechnet.

Gegen die dadurch entstehenden neuen Haushaltslöcher muss nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mit erneuten Kürzungen »angespart« werden. Die Schulden werden aber letztlich so nicht abgebaut. Der Teufelskreis von Krise und steigender Armut und Erwerbslosigkeit geht weiter.

## ➤ Der Teufelskreis von Krise und steigender Armut und Erwerbslosigkeit geht weiter.

Oskar Lafontaine hat die aktuellen Aufgaben Europas auf den Begriff gebracht: KfW – Keynesianismus, Finanzmarktregulierung, Wirtschaftsregierung für Europa. Auch die EU will jetzt angeblich eine »Wirtschaftsregierung«: Der Rat der Staats- und Regierungschefs soll hierbei den Kurs vorgeben. Das Europäische Parlament als direkt gewählte EU-Instanz ist außen vor, die Kommission soll eine dienende und beratende Rolle spielen. Das demokratische Defizit der EU besteht weiter. Wir brauchen keine demokratisch nicht legitimierte »Wirtschaftsregierung« der EU-Staats- und Regierungschefs, die Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentnern die Kosten der Krise

aufbürdet und sie ihrer Rechte beraubt. Wirtschaftsregierung macht nur Sinn, wenn es um eine positive Koordination der Wirtschaftspolitik für nachhaltige Entwicklung geht.

Der große Ökonom John Maynard Keynes schrieb in der Großen Depression der 1930er Jahre den damals politisch Verantwortlichen ins Stammbuch: »Kümmere dich um die Arbeitslosigkeit und der Staatshaushalt saniert sich von selbst.« Das gilt auch heute.

Nicht Kaputtsparen, sondern eine Einstiegsstrategie für neue, nachhaltige Arbeitsplätze ist gefordert.

Die EU muss mindestens für die nächsten drei Jahre ein ökologisches und soziales Zukunftsinvestitionsprogramm (EU-ÖkoZIP) von jährlich einem Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts auflagen, um »Gute Arbeit« für alle zu fördern und den ökologischen und sozialen Umbau voranzutreiben.

Nötig sind z. B. groß angelegte Programme für Gebäudesanierung, Wärmedämmung und Energiesparen, für den flächendeckenden Umstieg auf eine ökologische Landwirtschaft, für umweltverträgliche und giftfreie Chemieprodukte. Statt längerer Laufzeiten für Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen, um Strom- und Wärmeezeugung aus erneuerbaren Energieträgern effizienter und billiger zu machen.

Ferner geht es um eine nachhaltige Industriepolitik zum Umbau von Krisenbranchen. Überkapazitäten z. B. in der Autoindustrie müssen abgebaut werden – aber nicht, indem Betriebe dichtgemacht und Belegschaften entlassen werden.

Bestehende Beschäftigung muss zunächst gesichert und neue Geschäftsfelder erschlossen werden: Motoren für Kraft-Wärme-Kopplung in der Energieerzeugung, emissionsfreie Busse, S- und Regionalbahnen. Der Wechsel von Beschäftigten z. B. aus der Autoindustrie in neu entstehende Tätigkeitsfelder muss durch Qualifizierungsprogramme begleitet und sozial abgesichert werden. Wir fordern deshalb ein Programm »Schiene Europa 2025« für den flächendeckenden Ausbau der Bahn auch in den Regionen und ein EU-Förderprogramm für das »grüne Schiff«. Dies kann z. B. dazu beitragen, auch die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und auf den Werften zu erhalten.

**Impressum:** Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien  
www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Sabine Wils  
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin  
Titelbild: istockphoto.com/Ferran Traite Soler · Auflage: 60.000

Jeder in diesen Bereichen klug investierte Euro erzeugt das Anderthalb- bis Zweifache an Einkommens- und Beschäftigungswirkung. Das EU-ÖkoZIP und die Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten können so weitgehend selbstfinanzierend sein – stabilisierte Beschäftigung, zukunftsfähige Investitionen und neue Arbeitsplätze bringen neue Nachfrage und neue Steuereinnahmen. Lohnsteigerungen und kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich sind nötig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Binnenachfrage zu stützen.

Der EU-Gipfel vom 17. Juni 2010 erklärte erneut: »Strukturreformen« sollen für mehr Wachstum sorgen. Die Arbeitsmärkte sollen noch mehr dereguliert, öffentliche Dienste via privat-öffentliche Partnerschaften privatisiert und der Europäische Binnenmarkt weiter liberalisiert werden. Das macht Arbeitsverhältnisse noch unsicherer und prekärer. Das verschärft Armut und soziale Ausgrenzung.

Dies wollen die Regierungschefs mit der Strategie Europa 2020 angeblich bekämpfen. Woher sollen aber die Investitionen in Bildung, Forschung, »grüne Arbeitsplätze« und Armutsbekämpfung kommen, wenn alle Mitgliedstaaten diesen Austeritätskurs verfolgen? Europa 2020 ist

**Europa 2020 ist das Papier nicht wert, auf dem seine bescheidenen Ziele aufgeschrieben sind.**

das Papier nicht wert, auf dem seine bescheidenen Ziele aufgeschrieben sind.

Wir stimmen dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ausdrücklich zu: eine EU-weite Finanzmarkttransaktionssteuer, Eurobonds, Ökosteuern und eine rigorose Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in den Mitgliedstaaten sind nötig, um Investitionen für nachhaltige Entwicklung zu generieren. Drastische Einschnitte bei den Ausgaben für Rüstung und Militär, der Förderung von Atomenergie und Kernfusion, bei umweltschädlichen Subventionen können weitere Mittel dafür mobilisieren.

Wir unterstützen überall Protestaktionen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen den katastrophalen Kurs der Europäischen Union. Wir rufen die Menschen in Europa auf: Machen Sie mit bei den Aktionen des EGB und der sozialen Bewegungen am 29. September 2010 in Brüssel und anderswo. Europa wird entweder sozial oder wir werden bald kein gemeinsames Europa mehr haben.

**Europa 2020**

Europa 2020 ist die neue Strategie der EU für »Beschäftigung und Wachstum«.

**5 Ziele sollen bis 2020 erreicht werden:**

1. eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent (Frauen und Männer von 20 bis 64 Jahren);
2. öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen;
3. Energie- und Klimaziele 20/20/20 (Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 Prozent, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent und der Energieeinsparung auf 20 Prozent);
4. Schulabbrecherquote auf unter 10 Prozent senken und Anteil junger Menschen mit Hochschulabschluss auf 40 Prozent erhöhen;
5. mindestens 20 Millionen vor dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung bewahren.

**DIE LINKE im Europaparlament**



THEMEN EUROPAPARLAMENT Magazin EUROPAROT MULTIMEDIA PUBLIKATIONEN

Reden » Initiativen » Resolutionen » Förderprogramme und Anlaufstellen » Abgeordnetensuche: Wer ist wofür zuständig?



**DIE LINKE**  
IM EUROPAPARLAMENT



**Thomas Händel**

- » [Pressemitteilungen](#)
- » [Artikel](#)
- » [Reden](#)
- » [Termine](#)
- » [Kontakt](#)



**Aktuelle Schlagworte:**

Arbeitsmarktpolitik Armut  
Griechenland Bürgerrechte Casino  
Datenschutz Debatte Demokratie Euro  
Finanzmarktcrisis Finanzpolitik

# Anleitung zum Täuschen

Armut ist relativ. Meint die EU.

VON GABI ZIMMER  
UND THILO JANSSEN

Zunächst die scheinbar gute Nachricht: Bis zum Jahr 2020 sollen in der EU zwanzig Millionen Menschen weniger von Armut betroffen sein. Das haben die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen am 17. Juni 2010 beschlossen.

Derzeit leben mehr als achtzig Millionen Menschen in der EU unterhalb der sogenannten »Armutrisikogrenze«. Bisher galt als arm, wer über weniger als 60 Prozent des nationalen Durchschnittshaushaltseinkommens verfügt.

Die Regierungschefs befanden nun den gebräuchlichen Indikator des »Armutrisikos« für unzulänglich. Zwar liefert dieser verlässliche Vergleichswerte, lässt jedoch außer Acht, dass in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien ohnehin bereits das Durchschnittseinkommen für die Menschen ein Leben in Armut bedeutet.

So macht es zunächst Sinn, die statistische Armutserfassung um folgende Indikatoren zu ergänzen: »Materielle Entbehrungen« – eine Mängelliste von Produkten und Dienstleistungen, die sich Menschen nicht leisten können – und »Erwerbslosenhaushalt« – arm ist, wer längere Zeit in einem Erwerbslosenhaushalt lebt.

Damit sieht die Wirklichkeit schnell anders aus: Rund 120 Millionen Menschen leben demnach in der EU in Armut.

Doch nun die schlechte Nachricht: Die Regierungschefs weigerten sich, klare Strategien und verbindliche Zielvorgaben im Kampf gegen Armut zu beschließen. Wollte man vor Kurzem noch die Zahl der in Armut lebenden Menschen um 25 Prozent senken, erweitern die Regierungschefs nun zwar die Basis für die Berechnung der Armutszahlen von 80 Millionen auf 120 Millionen, belassen es aber bei den 20 Millionen Menschen, die aus der Armut herauskommen sollen.

Das ist also Trick 1: Beiläufig wird ein vages Armutsziel von 25 Prozent auf etwas weniger als 17 Prozent reduziert.

Trick 2 wiederum ist der Gipfel der Unverfrorenheit: Den Mitgliedstaaten wird es freigestellt »ihre nationalen Ziele auf der Grundlage der am besten geeigneten Indikatoren und unter Berücksichtigung ihrer nationalen Gegebenheiten und Prioritäten festzulegen«. Ein grandioses Täuschungsmanöver: Die Armutrisikogrenze als für alle gleichermaßen verbindlicher Indikator wird

ganz nebenbei einfach entsorgt. Die Bundesregierung kann sich so auf den von ihr gepriesenen Indikator »Erwerbslosenhaushalt« zurückziehen und zahlreiche Menschen, die arm sind, einfach ausblenden. Wachsende Probleme wie Armut trotz Arbeit, das größer werdende Heer der Hartz-4-Aufstocker, Kinderarmut, Altersarmut und alle Formen der versteckten Armut müssen demnach nicht mehr berücksichtigt werden. Dieser Beschluss des Europäischen

Rates erscheint wie eine direkte Anleitung zum Manipulieren. Es haben sich die Regierungen durchgesetzt, die die EU nicht als soziale Union wollen, denen es nicht um jene Menschen geht, deren Menschenrechte durch soziale Ausgrenzung tagtäglich verletzt werden. Am Ende wird es vielleicht im Jahre 2020 auf dem Papier zwanzig Millionen weniger arme Menschen geben. Mit der Wirklichkeit hat das dann aber nichts mehr zu tun.



GANZ SCHÖN ARM: DIE STATISTISCHEN TRICKS DER EU

## europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

### Unsere Themen:

- Dezember 2009: Klimaschutz in der EU
- Mai 2010: das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung
- Juli 2010: die EU-2020-Strategie

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 C 005, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: [sonja.giese@europarl.europa.eu](mailto:sonja.giese@europarl.europa.eu)

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

DIE LINKE im Europaparlament Ausgabe 2 - Mai 2010

### Kampf gegen Armut, JETZT!

2010 ist das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«

**VON GABI ZIMMER, JÜRGEN KLUTE UND THOMAS HÄNDL**  
Brisel im März, die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten treffen sich zum Frühjahrsgipfel. Kommissionspräsident Barroso präsentiert seinen Entwurf für die Europa-2020-Strategie – im Wesentlichen ein Aufguss der vor zehn Jahren beschlossenen Lissabonstrategie. Diese hatte zum Ziel, für Wachstum und Wohlstand, mehr Klimaschutz und soziale Sicherheit zu sorgen – stattdessen aber steigen Armut und soziale Unterschiede in der EU immer weiter an. Wenige Stunden vor dem EU-Gipfel zur 2020-Strategie: Kanzlerin Merkel, Europas neue Elsterne Lady, wertet in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag gegen verbindliche EU-Ziele im Kampf gegen Armut.

wird in Griechenland, in Irland und vielen süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten brutale Spar- und Kürzungsprogramme eingeleitet. Bis heute gibt es keine soziale Fortschrittstabelle in den geltenden EU-Verträgen und der Europäische Gerichtshof macht regelmäßig durch gesellschaftswissenschaftliche Urteile von sich reden. Kurzum: Von einem sozialen Europa sind wir weit entfernt. Stattdessen werden sozialpolitische Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte in der EU weiter eingeplant.

**Werkstatt statt Werbekampagnen**  
Was betrifft also hinter dem von der EU erst kurz zuvor fröhlich ausgerufenen Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010? Wenn es nach den Regierungen geht, kaum mehr

als eine Allfunktions- und nette Wortwahl. Werbekampagnen wie »Mit neuem Mut sollen Armut und sozialer Ausgrenzung der Menschen rücken. Die Botschaft der EU-weiten Werbekampagne: Armut gehört heute zum Alltag, jeden kann es treffen, sogar die Reichen. Das man aber bitte schön niemanden...« Der seit Jahren versprochene Kampf gegen Armut lässt ebenso auf sich warten wie das dringend notwendige Engagement gegen den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt.

Tatsächlich braucht es keine Allfunktions- und nette Wortwahl, sondern eine soziale Union, die die EU, um Armut sichtbar zu machen: In einer der reichsten Regionen der Welt sind heute über 80 Millionen Menschen offiziell von Armut betroffen, das heißt ihr Einkommen liegt deutlich unter

# Trotz Pleite: U-Boote für Griechenland

Deutschland kassiert knapp 3 Milliarden Euro

VON SABINE LÖSING

Griechenland ist derzeit das Land mit den höchsten Schulden in der Europäischen Union. Doch was der Internationale Währungsfond und die EU den Menschen in Griechenland nun abverlangen ist fast unmöglich und wird die innergriechische Krise noch verschärfen.

Ganz oben auf der »Hitliste« der von Griechenland zu erledigenden »Hausaufgaben« stehen die Anhebung des Rentenalters, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Abbau des öffentlichen Sektors, mit anderen Worten – sozialer Kahlschlag. Die

Reduzierung der Rüstungsausgaben kommt in diesen Diktaten jedoch nicht vor.

Im Gegenteil, Deutschland und Frankreich profitieren schon seit Jahren von einem Wettrüsten zwischen den beiden NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei. Diese sind in der Tat die besten Kunden der deutschen Waffenschmieden – allein 30 Prozent der griechischen Rüstungsimporte stammen aus Deutschland! Wie insbesondere Deutschland und Frankreich aus der Misere Griechenlands auch noch Kapital schlagen ist zynisch und heuchlerisch, vor allem

aber zeigt es, wie real existierender Kapitalismus funktioniert und Regierungen als Instrument der Rüstungskonzerne fungieren.

Auch angesichts der finanziellen Krise schlug Ministerpräsident Papandreou nun vor, dieses ruinöse Wettrüsten zu beenden. Überraschenderweise erklärte Griechenlands Vizeverteidigungsminister Panos Beglitis im März 2010 jedoch, dass alle von der früheren Regierung beschlossenen Rüstungsverträge erfüllt werden. Kurz darauf wurde der letzte Teil eines aus dem Jahr 2000 mit Deutschland geschlossenen U-Bootkaufs abgeschlossen. Der Wert dieses Deals betrug 2,85 Mrd. Euro.

War dies vielleicht die Folge einer Erpressung? Wurde befürchtet, dass mit der Entspannungspolitik zwischen Türkei und Griechenland auch deren Kauflust nach Waffen »made in Germany« verfliegen würde? Diese Fragen bleiben von der Bundesregierung bisher unbeantwortet.

Folgende Zahlen muss man sich vor Augen halten: Während die Einsparungen im sozialen Bereich in diesem Jahr 4,8 Mrd. betragen, gibt die Regierung im selben Zeitraum 2,8 Mrd. für Rüstungskäufe aus.

Die innergriechische Krise wird durch die fälschlicherweise als Rettungspakete bezeichneten aufgezungenen Sparprogramme durch EU und IWF enorm verschärft, die Verschuldung durch die Kreditabhängigkeit Griechenlands im Endeffekt weiter erhöht.

Eine konsequente und umfassende Entspannungs- und Friedenspolitik zwischen Griechenland und der Türkei, inklusive der Lösung der Zypern-Frage, wären ein wichtiger Schritt, um die Folgen der Krise zu entschärfen. Zeitgleich müssen beide Länder ihr Wettrüsten sofort beenden und stattdessen massiv abrüsten.

Es ist skandalös, dass ein vermeintliches »Rettungspaket« der EU dazu dient, den Absatz der Rüstungsindustrie zu fördern und zu sichern.



DIE PAPANIKOLIS – DAS ERSTE VON 6 DEUTSCHEN U-BOOTEN DER KLASSE 214 FÜR GRIECHENLAND

## Ideologische Schockstarre

VON JÜRGEN KLUTE  
UND HANNA PENZER

Für die 500 Millionen Menschen, die in den Mitgliedsländern der Europäischen Union leben, entscheiden in diesem Jahr 27 Regierungschefs und die EU-Kommission, wohin die Reise bis ins Jahr 2020 gehen soll. Der Name ist Programm: Die EU-2020-Strategie legt fest, wie Europa die Herstellung und Verteilung von Waren und Dienstleistungen in Zukunft organisieren will. Der Entwurf der EU-Kommission, der – mit einigen Änderungen und Präzisierungen – im Herbst auf einem staatstragenden Gipfel beschlossen werden soll, liegt seit März vor. Debatten, aus denen hervorgehen könnte, welche Prioritäten die Bürgerinnen und Bürger in der EU sich wünschen, hat man vorsichtshalber nicht angestoßen. In welchen Bereichen will die EU nun in Zukunft Akzente setzen? Welche sind die Ziele, auf die die europäische

Wirtschaftspolitik Kurs nehmen will? Die Vorschläge der EU-Kommission lauten: Mehr Wettbewerb, von der Bildung bis zum Arbeitsmarkt, mehr Strukturreformen, die die öffentlichen Haushalte von sozialer Last befreien, sowie Arbeitsbeziehungen, die Löhne nicht über das für Unternehmen Wünschenswerte hinauswachsen lassen.



UNERHÖRT: DIE BÜRGER IN DER EU

Auch Investitionen soll es geben – in marktkonforme Forschung, in Verkehrsverbindungen und in das Lieblingsspielzeug der Kommission: schnelle Internetverbindungen. In einem makellosen Binnenmarkt soll es keinen Unterschied machen, woher die Wurst kommt, die auf dem Abendbrot landet, und im Idealfall soll es der hungrige Konsument auch nicht merken. Für Einkäufe, die in den digitalen Einkaufskorb wandern, entscheidet die Suchmaschine, welcher Händ-

ler am nächsten liegt. Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen: Fehlanzeige – stattdessen: Wettbewerb pur.

In anderen Bereichen sieht es ähnlich aus: Effizienzsteigerungen in allen Branchen, Spardisziplin, um die Märkte zu beruhigen, und für Kleinunternehmer mehr Risikokapital und ein vereinfachtes Insolvenzrecht. Zitat der EU-Kommission: »Unternehmern nach dem Scheitern einen Neuanfang ermöglichen«. Das Recht des Stärkeren will Brüssel auch in Zukunft durchsetzen.

Dass eine Strategie, die rein auf Kosteneinsparung setzt, keinen Wohlstand schafft; dass Wettbewerb auch Verlierer erzeugt; dass Demokratien sich nicht zu Erfüllungsgehilfen einer Hand voll exportstarker »Champions« machen dürfen; dass Volkswirtschaften, die alles am Export ausrichten, von globalen Krisen besonders hart getroffen werden – all das spielt in Brüssel weiter keine Rolle. EU 2020 setzt auf ideologische Schockstarre, und dies mit Nachdruck.

# Viel »Grünsprech«, nix dahinter.

EU-Wachstumsstrategie verbaut eine nachhaltige Zukunft

VON SABINE WILS

Höher, schneller, weiter. Wachstum ist das goldene Kalb neoliberaler Ökonomen und der herrschenden politischen Klasse. Mit der EU-2020-Strategie soll die EU nun gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommen. Doch ist nachhaltiges, ressourcenschonendes Wachstum mit dieser Strategie möglich?

Immer weniger Menschen produzieren in immer weniger Zeit immer mehr Güter. Um die daraus resultierenden Beschäftigungsverluste auszugleichen, soll die Wirtschaft wachsen und sollen Güter massenhaft exportiert werden. Wir leben in einem System, das auf unbegrenztes Wachstum setzt und sich damit zwangsläufig selbst zerstört.

Die natürlichen Systeme werden ausgeplündert und die Artenvielfalt gefährdet. Die Ursachen hierfür liegen in der kapitalistischen Markt-

wirtschaft. Aktuell stellt die Ökatasstrophe vor der US-amerikanischen Küste ein trauriges Beispiel dieser Logik dar. Obwohl Tiefseebohrungen bekanntermaßen sehr risikoreich sind, genehmigten die USA eine ganze Reihe solcher Bohrungen, sogar in der Nähe sensibler Ökosysteme. Auch die Ölbohrungen vor unseren Küsten gefährden den Lebensraum Wattenmeer. In der abtauenden Arktis plant die EU schon längst die Öl- und Gasausbeutung.

Die EU hat einen viel zu hohen Energie- und Rohstoffbedarf, der allein mit technischem Fortschritt nicht zu bewältigen ist. Deshalb fordert das Europäische Umweltbüro, effizienter mit Energie und Rohstoffen umzugehen, und schlägt eine jährliche Effizienzsteigerung von 3 Prozent vor. EU 2020 hingegen enthält keine konkreten Initiativen für ein ressourcenschonendes Europa und keine Vorschläge zum Schutz von Natursys-

temen sowie der Artenvielfalt. Eine europäische Gesetzgebung zur Durchsetzung der Umweltziele fehlt völlig.

Die Umweltziele der EU-2020-Strategie sind absolut unzureichend und wenig ambitioniert. Will die EU ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz glaubwürdig vertreten, muss sie sich ehrgeizigere Ziele setzen.

Ähnlich wie die Energiekonzerne versucht die EU sich ein grünes Kleid überzuzustreifen.

Wirksame öffentliche Investitionsprogramme für den Klimaschutz sowie für den ökologischen Umbau der Wirtschaft und für zukunftsfähige Arbeitsplätze sind bei der EU-2020-Strategie nicht vorgesehen.

Ähnlich wie die Energiekonzerne, die sich mit trickreichen Nachhaltigkeitsberichten ein grünes Image aufbauen und doch die Umwelt verschmutzen wie eh und je, versucht die EU sich ein grünes Kleid überzuzustreifen. An ihrer Politik ändert sie freilich kaum etwas.

Die EU muss mindestens für die nächsten drei Jahre ein ökologisches und soziales Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich einem Prozent ihres BIP auflegen, um den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben. Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden.



istockphoto.com/pagadesign

DIE EU-KOMMISSION VERLEIHT SICH EINEN GRÜNEN ANSTRICH

# Einseitige »Partnerschaft«

VON HELMUT SCHOLZ

Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Honig, Gewürze – täglich verzehren wir viele Produkte aus dem Süden. Doch nur die wenigsten wissen, wie viel Ausbeutung dahintersteckt.

Unbestritten ist Handel ein wichtiges Instrument, um im globalen Süden Wirtschaftswachstum zu fördern, damit letztlich zur Armutsminderung beizutragen und auf Dauer bessere Bedingungen für Mensch und Umwelt durchzusetzen.

Tatsache aber ist ebenso, dass das gegenwärtige Welthandelssystem die wirtschaftlich starken Länder, insbesondere im Norden und auch in der Europäischen Union, auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung einseitig begünstigt.

Ein Beispiel sind die Strukturen der Handelsbeziehungen, die wiederum für eine ungleiche Vergütungsstruktur sorgen. So liefern Entwicklungsländer vor allem Agrarprodukte, Rohstoffe und Halbprodukte, während die »entwickelten« Staaten Industrieerzeugnisse und hochverarbeitete Waren produzieren und weltweit verkaufen.

Zwar haben die EU und ihre Mitgliedstaaten den Entwicklungsländern in der Vergangenheit durchaus Zollpräferenzen und einen erleichterten Marktzugang gewährt. Um die fortbestehende Ungleich-

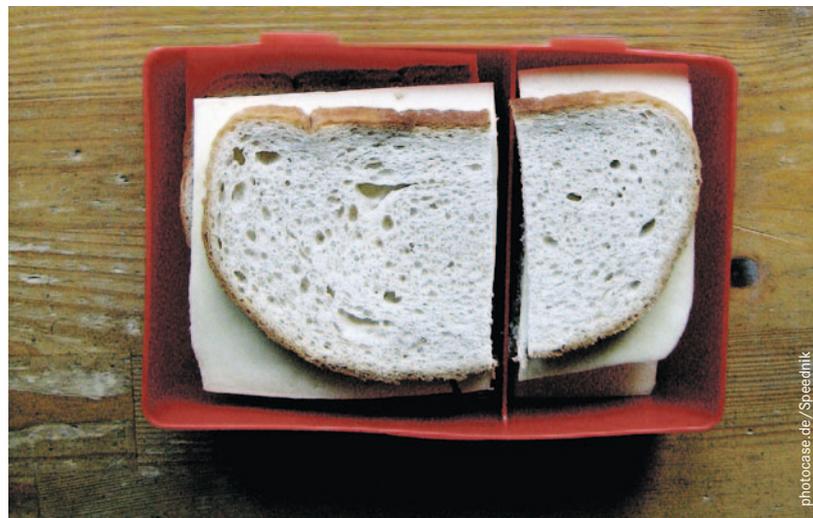
Exportsubventionen abbauen und Zölle senken.

Wie absurd dieses System ist, lässt sich immer wieder anschaulich in den Ländern des globalen Südens beobachten, wenn zum Beispiel lokale Bauern in Ghana ihre Tomaten nicht mehr verkaufen können, weil die Preise für importiertes Tomatenmark aus Europa geringer sind als die eigenen Produkte. Ermöglicht werden diese niedrigen Weltmarktpreise

Was jedoch geschieht, ist etwas völlig anderes. »Ein Teil des Wachstums, das Europa im kommenden Jahrzehnt erzielen muss, wird von den Schwellenländern kommen müssen«, heißt es in der neuen Strategie EU 2020. Und weiter: »Die Verwirklichung eines besseren Marktzugangs für EU-Unternehmen einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen und gleicher Wettbewerbsvoraussetzungen im Verhältnis zu unseren externen Wettbewerbern innerhalb der WTO und auf bilateraler Ebene sollte ein wichtiges Ziel sein.« Weniger verklausuriert ausgedrückt: Wachstum und Konkurrenzkampf im Norden soll auch künftig auf Kosten des Südens erfolgen.

Die Gewinner dieser Partnerschaft stehen heute schon fest.

Ein Mittel dazu sind die »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«, mit denen die europäischen Staaten die Märkte der Entwicklungsländer komplett öffnen und zugleich die dem Süden gewährten Präferenzen nahezu vollständig beseitigt werden sollen. Wer die Gewinner in dieser »Partnerschaft« sein werden, steht dabei schon heute fest.



photocase.de/Speednik

heit zu überwinden, wäre es jedoch notwendig, dass die Industrieländer ihre Märkte für Exporte aus dem Süden noch weit stärker öffnen als bisher, ihre unfairen

durch Agrarsubventionen der EU. Gerechte Regeln für den Welthandel umzusetzen bedeutet, die unfairen Praktiken der Industriestaaten auf allen Ebenen zu beenden.



## Völlig gleich(gültig)

Die EU-2020-Strategie schweigt sich zu Fragen der Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus

### VON CORNELIA ERNST

Im Vorwort der neuen EU-2020-Strategie »für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« heißt es: »Europa hat viele Stärken. Wir können auf talentierte Arbeitskräfte und eine solide technologische und industrielle Basis bauen.« Frauen gehören offenbar nicht dazu, denn zu allen Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen schweigt sich die Strategie aus.

Gemeinsame Ziele für mehr Gleichberechtigung von Frauen? Fehlanzeige. Die Fakten zeigen, wie ungleich Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt behandelt werden: Frauen arbeiten häufiger als Männer in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Frauen verdienen in der EU durchschnittlich 17,8 Prozent weniger für die gleiche Arbeit als Männer, in Deutschland beträgt das Lohngefälle ganze 23,2 Prozent!

## Viel »Flexi«, wenig »Security«

Höchste Zeit für eine neue Beschäftigungspolitik

### VON THOMAS HÄNDEL

Ist ein sicherer Arbeitsplatz nicht mehr zeitgemäß? Die EU-Kommission stellte 2007 fest: »Individuen brauchen zunehmend Beschäftigungssicherheit anstelle Arbeitsplatzsicherheit, weil wenige ein Leben lang am selben Arbeitsplatz arbeiten« und verspricht seit Jahren Beschäftigten und Prekarisierten die sogenannte »Flexicurity«. Das Ergebnis ist ernüchternd. Bei rund 60 Prozent aller neuen Arbeitsplätze in der EU seit 2000 handelt es sich um prekäre Beschäftigung. Dennoch stieg dadurch die Beschäftigungsquote in der EU – in Vollzeit gerechnet – in fünf Jahren um nur 0,7 Prozent auf 58,9 Prozent. Ein Nullsummenspiel. In der EU arbeiten rund 50 Millionen Menschen zu Niedrigstlöhnen oder sind arm trotz Arbeit, Tendenz steigend. Weitere 23 Millionen Menschen sind arbeitslos. Beschäftigungsstillstand bei mehr sozialer Unsicherheit – ein trauriges »Erfolgsmodell«. Das ist der »beste«

Weg zu japanischen Verhältnissen: Dort sind bereits heute mit allen Folgen tief greifender gesellschaftlicher Unsicherheit siebzig Prozent aller Arbeitsverhältnisse prekär oder nicht auf Dauer angelegt. Die neue EU-Kommission formuliert ihr Flexicurity-Credo 2010 noch klarer: »Hauptsache Arbeit – zu welchen Konditionen auch immer« lautet die Botschaft des neuen Beschäftigungskommissars László Andor. Ein Umsteuern durch die aktuell diskutierten »Beschäftigungs-Leitlinien« ist dringend erforderlich. Konkrete Alternativen haben wir vorgelegt: »Gute Arbeit« beinhaltet menschenwürdige Arbeit, Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten, gerechtes Entgelt, nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie mehr soziale Sicherheit. Wir wollen ein europäisches Leitbild für unbefristete Vollzeitbeschäftigung, damit jede und jeder sein Leben eigenständig und ohne Angst vor Armut gestalten kann.

Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, tragen ein höheres Risiko als Männer, keine neue Stelle zu finden. Überall mangelt es an ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung, dadurch verschlechtern sich die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich. Frauen sitzen nur selten an den Hebeln der Macht – in den Aufsichtsräten der großen börsennotierten Unternehmen in Europa sitzen beispielsweise zu fast 89 Prozent Männer. Auch in der Politik sind es die Männer, die als Entscheidungsträger wichtige Positionen innehaben.

➤ **Gleichstellung von Frauen und Männern ist kein Leitziel der EU-2020-Strategie.**

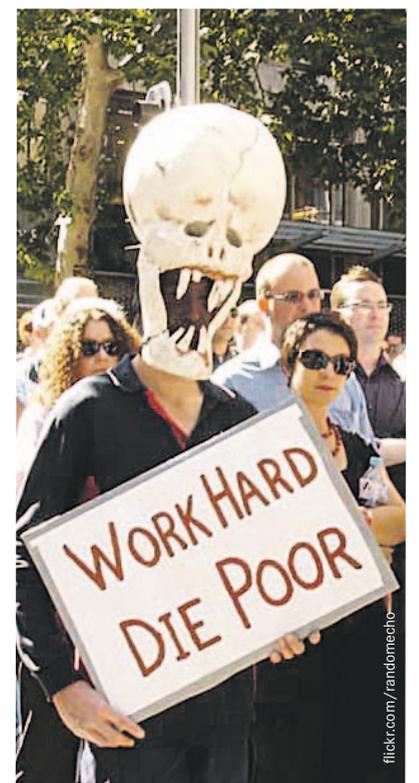
Da erscheint es kaum verblüffend, dass die existenziellen Probleme von mehr als der Hälfte der Bevölkerung in der EU – der weiblichen nämlich – in der Strategie Europa 2020 schlicht ignoriert werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Probleme für Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Waren in der ersten Phase der Krise vor allem männerdominierte Wirtschaftsbereiche wie die Automobil- und Bauindustrie betroffen, so zeichnet sich schon heute ab,

dass Frauen auf mittel- und langfristige Sicht erneut die großen Verliererinnen sind: Als Folge der zunehmenden Verschuldung von Staaten werden vor allem Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor sowie im Gesundheits- und Sozialwesen wegfallen – alles Bereiche, in denen größtenteils Frauen tätig sind. Als europäische Linksfraktion haben wir bereits im Februar eine internationale Konferenz veranstaltet, um die Auswirkungen der Krise auf das Leben von Frauen zu erörtern und konkrete Vorschläge für die Politik in Europa zu entwickeln. Als Linke setzen wir auf Gleichberechtigung in allen Bereichen. Wir kritisieren daher, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht als Leitziel in der Strategie Europa 2020 formuliert wurde. Wir fordern konkrete Vorgaben an die EU-Mitgliedstaaten für gleiche Löhne für Männer und Frauen.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben wollen wir, dass europaweit klare Ziele vereinbart werden: 70 Prozent der notwendigen Betreuung für Kinder von 0 bis 3 Jahren und 100 Prozent der Betreuung für 3-6-jährige Kinder müssen gewährleistet werden. Um dauerhaft für gerechte Machtverhältnisse zu sorgen, fordern wir eine Frauenquote in allen Entscheidungsgremien.

Wir fordern darüber hinaus soziale Mindeststandards wie eine europaweite Mindestlohnregelung von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens. Nötig sind auch verbindliche Richtlinien bei Leiharbeit, Dienstleistung und Entsendung. Der Grundsatz »Gleiche Arbeitsbedingungen und -rechte für gleichen Lohn am gleichen Ort« darf nicht unterlaufen werden. Arbeitszeiten müssen begrenzt und drastisch verkürzt werden, Arbeitnehmerrechte bei Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen müssen gestärkt werden. Wir fordern eine Abgabe zur Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten von profitgetriebenen Betriebsverlagerungen und -schließungen. Starke Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Gewerkschaften sind die Grundbedingung für einen sozialen Dialog auf gleicher Augenhöhe, eine soziale Fortschrittsklausel der Schutz gegen Sozialdumping – das alles wären echte Schritte in Richtung eines sozialen Europa.

Vieles davon steht derzeit und in den nächsten Monaten im Parlament zur Debatte. Ob wir Schritte in die richtige Richtung durchsetzen können, hängt nicht zuletzt vom Druck sozialer Bewegungen und Gewerkschaften außerhalb des Parlaments ab.



### Termin

2.10.2010, Konferenz Soziales Europa, Infos gibt es in den Büros von Gabi Zimmer, Jürgen Klute, Thomas Händel und auf [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu).

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Lothar Bisky

Vorsitzender der  
GUE/NGL-Fraktion

Stellvertretender Vorsitzender  
im Ausschuss für Kultur und  
Bildung

**Ansprechpartner  
für Berlin  
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F155  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47834  
lothar.bisky@europarl.europa.eu



## Sabine Wils

Sprecherin der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für  
Umweltfragen; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Verkehr und Frem-  
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,  
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F247  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47644  
sabine.wils@europarl.europa.eu



## Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-  
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;  
Stellvertreterin im Ausschuss für  
regionale Entwicklung; Stellvertre-  
terin im Ausschuss für die Rechte  
der Frau und die Gleichstellung  
der Geschlechter

**Ansprechpartnerin für Sachsen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47660  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu



## Thomas Händel

Mitglied im Ausschuss für  
Beschäftigung und soziale An-  
gelegenheiten; Stellvertreter  
im Ausschuss für Wirtschaft und  
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,  
Baden-Württemberg und  
Saarland**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F259  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45658  
thomas.haendel@europarl.europa.eu



## Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-  
schaft und Währung; Stellvertre-  
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für  
Nordrhein-Westfalen und  
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F254  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47655  
juergen.klute@europarl.europa.eu



## Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten;  
Unterausschuss für Sicherheit  
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für  
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47894  
sabine.loesing@europarl.europa.eu



## Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-  
tionalen Handel; Stellvertreter  
im Ausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten; Ausschuss für  
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für  
Mecklenburg-Vorpommern  
und Brandenburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu



## Gabi Zimmer

Mitglied im Ausschuss für  
Entwicklung; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Beschäftigung  
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin  
für Thüringen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47101  
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT